



Jetzt ist es beschlossene Sache, dass die Gemeinde Hünstetten die rot markierte Fläche kauft, um das Wallbacher Gewerbegebiet zu erweitern. Grafik: Gemeinde Hünstetten

Abstimmung per E-Mail

Das Hünstetter Notparlament beschließt den Gemeindehaushalt für 2021 / SPD boykottiert auch diese Sitzungsform

Von Beke Heeren-Pradt

HÜNSTETTEN. Der Hünstetter Haushalt für 2021 ist beschlossen. Am Ende waren es jedoch lediglich fünf der eigentlich sieben Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) der Gemeindevertretung, die das Zahlenwerk in der vorliegenden Form beschlossen. Denn weil die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Anke Müller (Hünstetter Liste/HüLi), anstelle der ursprünglich geplanten Präsenzsitzung des Gemeindeparlaments eine digitale Sitzung des HFA als Notparlament anberaumt hatte, fand die in normalen Zeiten gewohnte große Aussprache über den Haushaltsplan dieses Mal nicht statt. Drei Ausschussmitglieder der HüLi sowie je ein Mitglied

von CDU und Bündnis 90/Die Grünen berieten über das Zahlenwerk und stimmten im Anschluss an die digitale Sitzung per Umlaufverfahren ab.

SPD-Vertreter auch bei digitaler Sitzung nicht dabei

Die beiden Ausschussmitglieder der SPD nahmen nicht an der Sitzung teil. Sie veröffentlichten tags zuvor eine Mitteilung, in der sie ihr Fernbleiben damit begründeten, dass sie keine Notwendigkeit sähen, den Haushalt unbedingt zum gegebenen Zeitpunkt zu beschließen, und plädierten dafür, den Beschluss in die konstituierende Sitzung der neuen Gemeindevertretung im April oder Mai zu verlegen. Im Übrigen sei es ihnen als Oppositionsfraktion-

wichtiger, dass eine ausführliche Haushaltsdebatte öffentlich im Parlament geführt werde. Sie kritisierten vor allem auch die Entscheidung der Ausschussvorsitzenden, den Ausschuss nicht öffentlich tagen zu lassen mit den Worten: „Das irritiert uns sehr!“

Gleichwohl hatte die SPD-Fraktion einen ergänzenden Antrag zum Haushalt gestellt, nämlich 30 000 Euro für eine Machbarkeitsstudie oder ein Gutachten hinsichtlich der Planung eines kleinen Hallenbades in der Gemeinde einzustellen. Dass dieser Antrag anschließend in den Ausschussberatungen keine Mehrheit fand, war keine Überraschung.

Hünstettens Bürgermeister Jan Kraus (HüLi) zeigt sich indes von der Tatsache irritiert,

dass die SPD-Vertreter nicht an der Ausschusssitzung teilnahmen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass sich die SPD-Fraktion im Januar vehement gegen eine HFA-Ausschusssitzung in Präsenz ausgesprochen und für digitale Lösungen plädiert hatte. Im Januar waren die SPD-Vertreter deshalb nicht zur Ausschusssitzung ins Dorfgemeinschaftshaus nach Kesselbach gekommen.

Flächen für Gewerbegebiet in Wallbach werden gekauft

Einstimmig beschloss der HFA in seiner digitalen Sitzung außerdem, das fast zwei Hektar große Flurstück „Ober der Langwies“ in Wallbach zu kaufen. Die Gemeinde plant auf diesem Gelände oberhalb

der Tennishalle eine Erweiterung des Gewerbegebiets (diese Zeitung berichtete), da mehrere Unternehmen in den vergangenen Monaten an die Gemeindeverwaltung mit dem Wunsch nach Flächen zur Expansion in Wallbach herangetreten waren.

Auch die Erstattung von Kita-Betreuungsgebühren für Familien, die während des Lockdowns ihre Kinder zu Hause betreut haben, haben die HFA-Mitglieder beschlossen. Damit ist der Weg für die Erstattung gezahlter Gebühren sowie Verpflegungspauschalen vom 15. Januar an freigegeben. Für die gesamte Dauer des Lockdowns ist es mit diesem Beschluss auch möglich, dass Eltern ihre Kinder für halbe oder volle Monate abmelden.